

Und sie bewegt sich doch...

Nach dem historischen Tabubruch der CDU und FDP im Thüringer Landtag mit Faschisten zu paktieren, hat es ganze 16(!) Tage gebraucht, bis die Christdemokraten ihren letzten verbliebenen Anstand wiedergefunden haben. Sechzehn Tage wurde Thüringen faktisch nicht regiert, war nicht im Bundesrat vertreten und fast jeden Tag gab es Rücktritte von Spitzenpolitikern, die sich bei der Einschätzung der Lage die Zunge verbrannt hatten. Nach dem Rücktritt des Ministerpräsidenten von Höckes Gnaden (Thomas Kemmerich) konnte der Stillstand nur aufgelöst werden, indem sich die Union von ihrem Unvereinbarkeitsbeschluss und der verblendeten Hufeisenrhetorik verabschiedet. Um das öffentlich verkaufen zu können, musste vorab der bisherige Fraktionsvorsitzende Mike Mohring seinen Hut nehmen. Er ist das Bauernopfer einer CDU-Fraktion, die eher mit der AfD kooperierte, als den Wahlsieg von Bodo Ramelow zu akzeptieren. Die eigentlichen Drahtzieher rund um die Werteunion bleiben bei den personellen Konsequenzen jedoch fast unberührt.

Ob es nun staatsmännisches Verantwortungsbewusstsein oder pure

Existenzängste der Union waren, die dazu führten, einen Kompromiss mit Rot-Rot-Grün verhandeln zu wollen, ist nur schwer zu sagen.

Hinter uns liegen lange Tage der Verhandlungen, die ein Ergebnis mit sich bringen, das gut für Thüringen und gut für die Demokratie ist. Bodo Ramelow wird mit seiner kompletten Mannschaft von Ministern und Staatssekretären zurück ins Amt kommen. Am 4. März hat der Spuk in der Staatskanzlei ein Ende und Thüringen wird wieder von dem Landesvater regiert, den es sich gewünscht hatte. Gleichzeitig endet die gegenseitige Blockade der demokratischen(!) Parteien im Landtag. Ein Stabilitätspakt soll dafür sorgen, dass eine Minderheitsregierung unter R2G funktionieren kann. Man könnte es auch als eine Art Tolerierung durch die CDU bezeichnen, aber mit anderen Vokabeln macht man es ihnen leichter, über ihren Schatten zu springen.

Wichtig ist, dass man sich untereinander auf anstehende Projekte und Initiativen einigen konnte. So wird es ein kommunales Investpaket geben, welches mit 568 Mio. EURO die Kommunen in Thüringen

leistungsfähiger machen soll. Zur Verbesserung und Stärkung der Bildung, des ländlichen Raumes und von Projekten zur Demokratieentwicklung gibt es zwar noch keine Einigung, wichtig ist aber, dass diese nur zwischen R2G und der CDU verhandelt werden. Niemand wird mehr mit der AfD kooperieren. Gut so!

Der große Fokus der nächsten Monate liegt aber trotzdem auf der Aufstellung des Haushaltes für das Jahr 2021. Geplanter Abschluss ist hierfür der Dezember 2020.

Da durch die Geschehnisse der vergangenen Wochen das Vertrauen in die Christdemokraten aber immer noch nachhaltig gestört ist, muss sich die CDU am Ende an ihren Taten messen lassen. Auch wenn es zu stabilen Verhältnissen führt, kann dieses Zweckbündnis nur für eine Übergangszeit funktionieren – die politischen Gegensätze sind einfach zu groß! Daher bleibt der letzte vereinbarte Schritt für das Jahr 2021: Antrag auf Auflösung des Landtages im Januar, Auflösung im Februar, nach 70 Tagen Neuwahlen. Am 25. April 2021 werden die Karten neu gemischt. (22.02.2020 | 00.10 Uhr)

-PHILIPP WELTZIEN-



Eine kraftvolle Kundgebung auf dem Erfurter Domplatz am 15. Februar

Foto: E. Griebel

Ein Brief an Frau Maischberger

Zur Sendung „maischberger. die woche“ am 13.02.2020

„Sehr geehrte Frau Maischberger, nachfolgendes schreibe ich Ihnen mit einer Verzögerung, weil ich in meinem Umkreis inzwischen mehrere Stimmen vernehmen musste, die meinen großen Ärger über Ihre Gesprächsführung mit Herrn Ramelow teilen.

Es kann Ihnen nicht entgangen sein, welche hohe Reputation sich der linke ehemalige Ministerpräsident während seiner Regierungszeit erworben hat. Sie hätten eigentlich Verständnis dafür aufbringen müssen, dass er gute Gründe hatte, sich seiner Wiederwahl sicher sein zu können. Dass es anders kam, ist einem miesen Trick geschuldet.

Es lag auf der Hand, dass Herr Ramelow Ihre Einladung angenommen hat, weil er hoffte, von Ihnen die Gelegenheit zu bekommen, seine Sicht und sein Wissen über die Hintergründe der unsagbaren Ereignisse in die Öffentlichkeit zu bringen. Er hoffte, der übergroßen Medienpräsenz der CDU und der FDP wichtige erhellende Informationen entgegensetzen zu können.

Sie hätten bereits bei Ihrer Einladung wissen müssen, dass dieser Mann zur Zeit die schlimmsten Tage seines Lebens durchzustehen hat und deshalb emotionsgeladen in Ihre Sendung kommen wird.

Trotz Ihrer großen Erfahrung haben Sie das ignoriert. Sie räumten den Vertretern der CDU-Position einen breiten Raum ein, ihren unzeitgemäßen Unvereinbarkeitsbeschluss gebetsmühlenhaft vorzutragen, ohne ausreichend zu hinterfragen, ob dieser hilfreich ist, die Regierungskrise in Thüringen zu lösen. Warum haben Sie nicht hinterfragt, ob es etwa demokratisch ist, der überwiegenden Bevölkerung eines Bundeslandes eine Regierung nach dem Zuschnitt des CDU-Bundesvorstandes zu verordnen, statt auf die Meinung des Volkes zu hören. Stattdessen haben Sie, extrem unsensibel, dem verständlicherweise emotionsgeladenen Herrn Ramelow ständig das Wort abgeschnitten. Ramelow spricht über die Niederlage und wie es weiter gehen soll, so kündigten Sie seinen Beitrag an. Aber ließen Sie ihn das wirklich tun?

Er konnte kaum noch einen Sachverhalt zusammenhängend darstellen. Unsere ganze Familie hat es vor Em-

pörung von den Stühlen gerissen. Wie ich hörte, ist es meinen Gesprächspartnern der letzten Tage genauso gegangen. Wir bewerten Ihre Moderation als einen Affront gegenüber einem in Thüringen hochgeschätzten und nur durch einen Trick abgewählten Ministerpräsidenten.

Wen Sie mit ihrer Moderation bedient haben, war anschließend der BILD-Zeitung zu entnehmen.

Wesentlich sensibler mit dem Thema ist dagegen Herr Lanz in der nachfolgenden Sendung umgegangen. Vielleicht ist es besser, wenn Herr Ramelow in Zukunft dessen Talkshow vorzieht.

Im Übrigen:

Ich warte schon lange darauf, dass ein Moderator endlich einmal den ständigen Vorwürfen, die Linken seien mit der Vergangenheit ihrer Vorgängerpartei behaftet, folgendes entgegenhält:

Die CDU bezeichnet bekanntlich die Zentrumsparterie als ihre Vorgängerpartei. Hat die CDU vergessen, dass diese im März 1933 dem Ermächtigungsgesetz der Nazis zugestimmt hat und somit dazu beigetragen hat, dass die gesetzgebende Gewalt faktisch vollständig an Adolf Hitler überging. Es war die Grundlage zur Aufhebung der Gewaltenteilung und ermöglichte alle darauffolgenden Maßnahmen zur Festigung der nationalsozialistischen Diktatur. Die weiteren Folgen sind bekannt.

Die kommunistischen Abgeordneten, deren Ablehnung bei der Abstimmung man sich sicher war, wurden zuvor in die Haftanstalten gesteckt. Um die für das verfassungsändernde Gesetz nötige absolute Zweidrittelmehrheit zu bekommen, wurde, wiederum mit der Zustimmung der Zentrumsparterie, die Geschäftsordnung des Reichstags geändert.

Das in der DDR begangene Unrecht ist zwar zeitnah, aber seine Dimension ist bei weitem nicht vergleichbar mit den Folgen der Begünstigung des Nazisystems durch die Vorgängerpartei der CDU. Das sollte man nicht übersehen.

Das Letztere bitte ich nicht als Belehrung zu verstehen, sondern nur als eine Erinnerung.

-LOTHAR GÜNTHER-

Bilder lügen nicht

Die beiden Fotos – auf dem einen Höcke und Kemmerich, auf dem anderen Hitler und Hindenburg – gingen nebeneinander gestellt um die Welt. Es folgte ein Aufschreier, die Zusammenhänge nicht sehen wollen oder können. Aber diese Bilder sollten als fotografische Mahnmale unauslöschlicher Schande künftig zusammen erinnert werden. Als erster hatte sie der liberale Demokrat Guy Verhofstadt an jenem unheilvollen 5. Februar 2020 um 16:24 getwittert. Sein Kommentar dazu: „What happened in #Thuringen is totally unacceptable. My response? Not in our name!“ Seine Antwort ist unsere Antwort: Nicht in unserem Namen! Unakzeptabel ist und bleibt diese Wahl für alle Demokraten, denn das, was geschehen ist, ist zutiefst antidemokratisch. Die abgekartete Wahl eines unbedeutenden Vertreters einer 5%-Partei mit den ausschlaggebenden Stimmen der von einem Faschisten geführten Fraktion der AfD kann niemals akzeptiert werden.

Wer diese Fotos zusammen denkt, setzt beide Vorgänge und die Personen nicht gleich. Er erinnert vielmehr an die verhängnisvollen Grundmuster verantwortungsloser Zusammenarbeit mit Nazis, um zu verhindern, dass es wieder so kommt wie es in der Folge der Ereignisse in Thüringen 1924 und 1930 in ganz Deutschland kam. Wer aber diese Vorgänge für akzeptabel hält und auch noch bejubelt, muss sich ernststen Fragen stellen. Aber auch in der CDU gibt es viele starke Stimmen der Vernunft. Das „Hufeisen“ gehört auf die Müllhalde! Der Feind steht rechts! Wir sollten auf alle zugehen, die wie auch immer bereit sind, bis zu Neuwahlen eine neue r2g-Regierung mit Bodo Ramelow als MP zu unterstützen und die Demokratie entschlossen zu verteidigen. Das gilt nach dem rassistischen Mordterror in Hanau erst recht.

-EBE-

Suhler ANDERE Zeitung. Monatsumschau für Links- und Querdenker, Mitteilungsblatt der Partei DIE LINKE. Suhl, erscheint monatlich im Selbstverlag |

Preis: eine Spende | **Herausgeber:** DIE LINKE. Stadtvorstand Suhl, Rüssenstraße 19, 98527 Suhl | **Tel./Fax:** 03681/308158 | www.die-linke-suhl.de

e-Mail: rgeschaeftsstelle@die-linke-suhl.de | **IBAN** DE59 8405 0000 1705 0071 51 | **BIC** HELADEF1RRS, Rhön-Rennsteig-Sparkasse Suhl

V.i.S.P.: Eckhard Griebel, Beerbergstr. 5 • 98528 Suhl | Alle Autoren arbeiten ohne Honorar. Einzelne Beiträge müssen nicht in jedem Falle mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen | **Redaktionsschluss** unserer April-Ausgabe 2020 ist am 27.03.2020

Kein Pakt mit Faschist*innen – niemals und nirgendwo!

Der DGB Hessen-Thüringen und das Aktionsbündnis #UNTEILBAR hatten für den 15. Februar 2020 in Erfurt zu einer bundesweiten Demonstration aufgerufen. Im Aufruf heißt es: „Der 5. Februar 2020 markiert einen Tabubruch. CDU und FDP haben gemeinsam mit der extrem rechten AfD in Thüringen einen Ministerpräsidenten gewählt – allen vorherigen Versprechen zum Trotz. Auch nach Kemmerichs Zurückrudern ist klar: Die Brandmauer gegen die Faschist*innen hat einen tiefen Riss. Innerhalb von FDP und CDU gibt es die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit der AfD.“

Wir sind zutiefst empört. Die Konsequenz für alle Demokrat*innen muss sein: Mit der AfD darf es keine Kooperation geben – nicht im Bund, nicht in den Ländern und nicht auf kommunaler Ebene!

Wer mit Faschist*innen paktiert, hat die ganze solidarische Gesellschaft gegen sich! Wir werden unseren Protest lautstark zum Ausdruck bringen.“

Nach einer Auftaktkundgebung auf dem Domplatz zog der Demonstrationszug mit 18.000 Teilnehmern durch die Innenstadt, vorbei am Noch-Amtssitz des „durch die Verschwörung der AfD mit FDP und CDU ins Amt gebrachte(n) Ministerpräsident(en)“ wie Probst i.R. Heino Falcke in seiner Einschätzung formulierte*, über den Anger und den Juri-Gagarin-Ring zur Abschlusskundgebung am Haus für soziale Dienste. Die Rednerliste bildete die Breite des antifaschistischen Spektrums ab. Die Beiträge geißelten das demokratiefeindliche Tun

von CDU und FDP (mit Ausnahme von nur 3 Abgeordneten) im Thüringer Landtag am 5. Februar im Bunde mit der AfD mit deutlichen Formulierungen. Die zentrale Forderung ist: Das darf sich nie wiederholen, es darf nirgendwo einen Pakt oder eine Kooperation mit den Vertreter*innen der AfD geben. Man wird auch verstärkt auf die Kommunen schauen, wie dort entschlossen gegengesteuert wird. Wir dürfen niemals und nirgendwo auf die saublöde Verharmlosung reinfallen, dass man „die“ nicht ausgrenzen dürfe!

Die Zivilgesellschaft hat sich den von einem Faschisten geführten Initiatoren des Coups im Landtag und auch ihren willigen Helfern in den Medien entgegengestellt. Ohne den Aufschrei der Demokrat*innen in Deutschland und in der Welt wäre Kemmerich noch im Amt und er würde eine Minderheitsregierung von Höckes Gnaden anführen, unterstützt von bezahlten Claqueuren. Im Gegensatz zur Mehrheit auch in der Union und in der FDP halten führende CDU-Vertreter gerade hier in Südthüringen am Bruch mit dem demokratischen Grundkonsens des Grundgesetzes fest. Dessen Werte, beginnend mit dem Artikel 1, lassen eine Kooperation von Demokraten mit der AfD nicht zu. Die CDU wird sich, so schwer ihr das auch fallen mag, von rechten Positionen, die bis in ihre Mitte reichen, strikt abgrenzen und das „Hufeisen“ und andere Relikte des Kalten Krieges, wie die Glorifizierung der bundesdeutschen Geschichte, entsorgen müssen. Jan Korte stellte in der Sitzung des Bundestages am 13.02.2020 fest,

dass es seit 1949 26 Bundesminister und einen Kanzler gab, die früher in der NSDAP, der SS oder der SA gewesen sind und dass die Gleichsetzung von links und rechts immer zur Verharmlosung von Faschismus und Massenmord führt. Alle Demokraten müssen begreifen, dass es in den östlichen Bundesländern ohne eine irgendwie geartete Zusammenarbeit mit der LINKEN keine stabilen Mehrheiten gegen die AfD und damit keine politische, wirtschaftliche und soziale Stabilität und Entwicklung geben kann. Wohin es führt, wenn man die AfD mit ihrer rassistischen, auf die Beseitigung der Demokratie gerichteten Hetze gewähren ließe, hat der rassistische Mordterror in Hanau erneut gezeigt. Den sich immer wiederholenden Betroffenheitsritualen müssen wirksame politische Schritte gegen Rechts folgen.

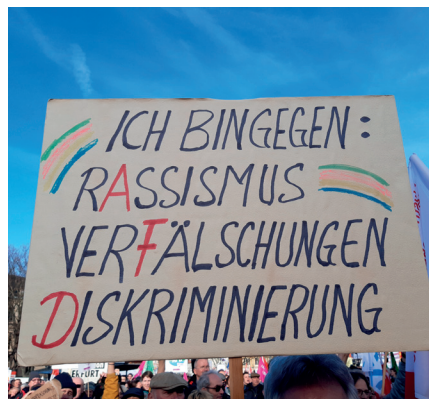
Die Großdemo in Erfurt war ein bewegendes Erlebnis, wir Teilnehmer erfuhren auch bei sehr vielen Passanten auf den Straßen und Plätzen durch Beifallsbekundungen eine aufmunternde Solidarisierung.

Dank und Lob gilt den Organisatoren, der Stadtverwaltung Erfurt, den vielen Helfer*innen und nicht zuletzt der Polizei, die die Veranstaltung absicherte.

* Bitte lesen Sie die Erklärung Heino Falckes (den, wie Bodo Ramelow schreibt, die SED gehasst hat) „Unsere Worte müssen stimmen“ im Wortlaut: https://www.meine-kirchenzeitung.de/erfurt/c-aktuell/unsere-worte-muessen-stimmen_17689?fbclid=IwAR0ftHD2IRbyJwE-YDW0wBgEF1n-PK15q4OVn-ViFfarMeFyC5trvzj63gpE – EBE –



Protest in Suhl am 7. Februar
Foto: E. Griebel



Auf der Kundgebung auf dem Erfurter
Domplatz gesehen Foto: E. Griebel

**Wir trauern
Yas tutuyoruz
Em xemgîn in
#Hanau**



Unter dem Titel „Ökostoika - die etwas andere Sozialismus-Aufarbeitung“ fand am 20. Februar eine sehr gut besuchte Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen in Zusammenarbeit mit dem Gesprächsforum „Alternativ“ statt. Referent war der Psychologe Dr. Rainer Gunkel (Suhl). Er stellte u.a.

folgende These zur Diskussion: „Es muss betrauert werden, dass zu Zeiten der Öffnung des Ostblocks seit 1985 die westlichen Staaten unter USA-Regie nicht die Reife für eine ökologische Politik hatten. Es wäre die Zeit gewesen für eine solche Politik, die global auf einen Lebensstil zusteuert, der die Lebensgrundlagen

bewahrt. Beide Player des kalten Krieges hätten u.a. Steigerung der Arbeitsproduktivität, Innovation und Wirtschaftswachstum folgenkritisch auf den Prüfstand stellen und zugunsten des globalen Überlebens revidieren müssen. Am dringlichsten wäre das dem „reichen Westen“ zugekommen, denn der war dem Osten nicht nur im Wohlstand überlegen, sondern auch im ökologischen Fußabdruck. Offenbar sind Demokratisierung nach dem westlich-kapitalistischen Muster und erhöhter Naturverbrauch Zwillinge. Freilich gingen im Ostblock die Parolen zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität, wenn auch mit Jahren im Rückstand, in ökologischer Hinsicht in die gleiche Richtung. Beide Seiten waren auf dem falschen Gleis, denn der Natur ist es egal, ob sie von einer staatsmonopolistischen oder einer kapitalistischen Megamaschine ruiniert wird.“ Der äußerst interessante Vortrag war Grundlage für eine sehr breite und in die Tiefe gehende Diskussion.

—EBE—

(Foto: I. BURANDT)

Termine für März 2020

Mo	02.03.	15.00 Uhr	Sprechstunde des Stadtvorstandes DIE LINKE, Geschäftsstelle
Di	03.03.	17.30 Uhr	Stadtvorstand DIE LINKE, Geschäftsstelle
So	08.03.	10.00 Uhr	Frauenfrühschoppen zum Internationalen Frauentag im Haus für ältere Bürger der Volkssolidarität, Rimbachhügel 3
Mo	09.03.	18.00 Uhr	Stadtratsfraktion DIE LINKE, Geschäftsstelle
Mi	11.03.	14.00 Uhr	Geburtstagsrunde, Geschäftsstelle
Do	12.03.	19.00 Uhr	Film „Sehnsucht nach Djamila“ (OT: Djamila) UdSSR 1969, RE: Irina Poplawskaja, DB: Tschingis Aitmatow. Eine Veranstaltung der Rosa Luxemburg Stiftung Thüringen mit dem Gesprächsforum „ALTERNATIV“, Kulturbaustelle
So	15.03.	10.00 Uhr	Gedenken am Alten Rathaus an die Niederschlagung des Kapp-Putsches vor 100 Jahren mit Einweihung der neuen Tafel, anschließend Vortrag von Heinrich Jung (Zella-Mehlis) im Oberrathaussaal
Mo	16.03.	18.00 Uhr	Stadtratsfraktion DIE LINKE, Geschäftsstelle
Fr	20.03.	09.30 Uhr	Erwerbslosenfrühstück, Geschäftsstelle
Mo	23.03.	18.00 Uhr	Stadtratsfraktion DIE LINKE, Geschäftsstelle
Mi	25.03.	14.00 Uhr	AG Senioren, Geschäftsstelle

Terminvorschau April

Sa	04.04.	10.00 Uhr	Gedenkveranstaltung für die Heinrichser Widerstandskämpfer, Friedhof Heinrichs
Mo	06.04.	18.00 Uhr	Stadtratsfraktion DIE LINKE, Geschäftsstelle
Di	07.04.	17.30 Uhr	Stadtvorstand DIE LINKE, Geschäftsstelle

Budweis-Reise

Anmeldungen ab sofort möglich. Liebe Leserinnen und Leser, unsere diesjährige Budweisreise findet vom 17. bis 20. September 2020 statt.

Wir fahren wieder mit Torsten von LWW Bustouristik und übernachten im Hotel „Metropol“ im Zentrum von Budweis, dort hatten wir 2019 ja sofort wieder reserviert.

Das Programm steht noch nicht fest. Bei der Anreise wollen wir eine Glashütte im Bayrischen Wald besuchen. Ansonsten wurde ja mehrheitlich der Besuch der Brauerei in Budweis und eine Fahrt auf der Moldau gewünscht. Das haben wir bei unseren Budweiser Freunden auch so angemeldet.

Der Reisepreis wird wieder reichlich 200 EURO im Doppelzimmer und 250 EURO im Einzelzimmer für Buskosten (etwas mehr als 2019) und Übernachtung mit Frühstück betragen.

Anmeldungen sind schriftlich sofort möglich an: DIE LINKE, Stadtvorstand Suhl, Rüssenstraße 19, 98527 Suhl oder per E-Mail geschaeftsstelle@die-linke-suhl.de

— DIE REISELEITER—

Liebe Leserinnen und Leser, Redaktionsschluss dieser Ausgabe war am 22.02.2020 um 1 Uhr. Alle späteren Entwicklungen konnten nicht berücksichtigt werden.